

Friederikes Wi(e)dersprüche

Sendung August 2011

Sendetext mit Quellen und Anhang

- FRI:** Anton, am 13.August war *ein wichtiger Tag*
- ANT:** Da war ich gerade an der Ostsee angekommen, Friederike – ganz toll!
- FRI:** So? Ostsee! Aber an diesem Tag begannen in den USA die Wahlvorbereitungen für den nächsten republikanischen Präsidentschaftskandidaten.
- ANT:** Aber die Wahl ist doch erst im nächsten Jahr!
- FRI:** Am 13.August fand der Ames Straw Poll¹ statt, in Ames, einer Kleinstadt in Iowa. Diese Wahl gilt in den USA als der Beginn der Wahlen der Republikaner für ihren Präsidentschaftskandidaten. Hier darf jeder wählen, der älter als 16 ½ Jahre ist und in Iowa wohnt oder studiert.
- ANT:** Wo liegt denn Iowa? Habe ich noch nie gehört!
- FRI:** Iowa² liegt im Mittelwesten, westlich von Chicago. Eigentlich geht es bei dieser Wahl um ein „fundraising dinner“, also ein Spendensammel-Essen. Die Kandidaten stellen dazu Zelte auf, ähnlich den Zelten beim Münchner Oktoberfest. Die Plätze dafür werden von den Republikanern meistbietend versteigert.
- ANT:** Und dann beginnt das große Fressen! Was gibt es denn zu essen?
- FRI:** Langsam, Anton! Zuerst musst Du eine Eintrittskarte für 30 \$ lösen, dann kannst Du hinein und mitspachteln!
- ANT:** Und wo ist die Wahl?
- FRI:** Die findet ebenfalls im Zelt statt!
- ANT:** Und das ist es?
- FRI:** Natürlich nicht! Die Kandidaten geben auf einem Podium kurze Statements ab. Es findet außerdem ein richtiger Jahrmarkt statt, mit Hüpfburgen, Musikprogrammen wie beim Schützenfest!
- ANT:** Und da kommen viele hin?
- FRI:** Ja, schon weil die Kandidaten kostenlose Omnibusse im ganzen Iowa herumfahren lassen, um Anhänger einzusammeln; außerdem bezahlen sie ihren Anhängern oft die Eintrittskarte!
- ANT:** Und so was nennt sich Wahl³? Wie hieß das?
- FRI:** Straw Poll – also Stroh-Wahl! Wenn man Stroh in die Luft wirft, dann bläst der Wind es in eine bestimmte Richtung und wir wissen, woher der Wind weht!
- ANT:** Und aus welcher Richtung weht er in diesem Jahr?
- FRI:** Siegerin⁴ wurde die Frau Bachmann, dicht gefolgt von Ron Paul, einem Abgeordneten aus Texas; der Dritte, Tim Pawlenty, schnitt

¹ Ames Straw Poll (Wikipedia 3.9.2011 unter: http://en.wikipedia.org/wiki/Ames_Straw_Poll)

² USA – Google Maps (3.9.2011 unter: http://maps.google.de/maps?hl=de&ie=UTF8&ll=43.004647,-92.548828&spn=10.168291,18.786621&z=6&vpsrc=6&ei=gpBkTqWyEIGPswa_upToBg&pw=2)

³ US-Präsidentenwahl „Caucus“ oder „Primary“? (Focus ONLINE 2.1.2008 unter: www.focus.de/politik/ausland/uswahl/us-praesidentenwahl_aid_231428.html)

⁴ Nur noch drei Kandidaten im Rampenlicht (NZZ 15.8.2011)

so schlecht ab, dass er seine Kandidatur zurück zog. Aber ein anderer, der gar nicht beim straw poll dabei war, machte auch von sich reden!

ANT: Wer ist das?

FRI: Der derzeitige Gouverneur von Texas, Rick Perry⁵; der hat inzwischen bekanntgegeben, dass er kandidieren will.

ANT: War diese Sarah Palin auch dort?

FRI: Ja, sie war da. Perry hatte eine Woche vor dem straw poll mit einem öffentlichen Massengebet in einem Stadion für Aufmerksamkeit in den Medien gesorgt. Es ging um den Tod von mehr als 30 US-Soldaten in Afghanistan und um die Rückstufung der Bonität der USA.

ANT: Woher kommt Perry?

FRI: Perry, aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen, dann Pilot bei der Air Force, seit drei Wahlperioden Gouverneur von Texas mit hohem Wachstum und wenig Arbeitslosen, gilt als ein Macher.

ANT: Naja, das klingt ja wirklich gut!

FRI: Ja, bloß dass die neuen Arbeitsplätze von der billigsten Sorte und ohne Sozialleistungen sind und dass Wachstum auf der Ölindustrie basiert. Texas hat außerdem sehr viele Hinrichtungen, 26% der Texaner haben keine Krankenversicherung.

ANT: Nicht gerade positiv!

FRI: Texas⁶ ist eben anders, sie waren auch 1836 bis 1845 eine eigene Republik, die sich erst später den USA angeschlossen hat.

ANT: Der Anschluss an die USA ist aber doch schon lange her!

FRI: Ja, aber Perry – immerhin Gouverneur von Texas - hat einmal damit gedroht, dass man das ja auch rückgängig machen könnte; das wurde allerdings später dementiert.

ANT: Erst verquatschen sie sich, dann sind sie es nicht gewesen.

FRI: In einer Pressemitteilung hat ein Abgeordneter des US-Repräsentantenhauses aber sehr deutliche Worte gebraucht: er hat vor einer neuen Gangsterbande gewarnt und will die sogar vor Gericht stellen!

ANT: Ja, Friederike! Das ist aber eigentlich Arbeit von Staatsanwalt und Polizei!

FRI: In diesem Fall vielleicht doch nicht!

ANT: Um wen geht es denn?

FRI: Es war der Abgeordnete Kucinich⁷, ein Demokrat aus Ohio.

⁵ Rick Perry wirft seinen Schatten voraus (NZZ 10.8.2011)
Rick Perry will Obama herausfordern (Spiegel ONLINE 13.8.2011 unter:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,780125,00.html>)

⁶ Aufgefallen: Texas und seine Besonderheiten (NZZ 20.8.2011)

⁷ Dennis Kucinich (Wikipedia 2.9.2011 unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Dennis_Kucinich)
Libya and Beyond: How Did We Get There and What Happens Next? (Congressman Dennis J. Kucinich – Ohio's Congressional District 23. August 2011 unter: <http://kucinich.house.gov/News/DocumentPrint.aspx?DocumentID=257053> – siehe Anhang)

- ANT:** Nein, nicht der Abgeordnete, ich meine die Gangster⁸?
- FRI:** Kucinich hat diese Pressemitteilung am 23. August herausgegeben, Titel: „Libyen und weiter: wie kamen wir dorthin und was passiert als Nächstes!“. Es heißt dort, dass die NATO unter Missachtung der UN-Resolutionen 1970 und 1973 illegal die Absetzung Gadhafis und den Austausch der Regierung verfolgt hat.
- ANT:** Stimmt, davon steht nichts in den Resolutionen, es geht nur um den Schutz der Zivilbevölkerung.
- FRI:** Die NATO-Befehlshaber mögen unter dem Mäntelchen des Internationalen Rechts ihre Befehle gegeben haben, aber sie sind nicht frei vom Internationalen Recht. Wenn Gadhafi und seine Regierung vor Gericht gestellt werden, dann müssen auch die NATO-Befehlshaber vor Gericht gestellt werden.
- ANT:** Ja, denn sie haben dabei auch viele unschuldige Zivilisten verletzt und ermordet!
- FRI:** Und sie haben zugelassen, dass das Waffen-Embargo der UN ganz offen von UN-Mitgliederstaaten missachtet wurde.
- ANT:** Stimmt, davon ist die Bundesrepublik auch betroffen, denn wir haben eine große Menge Munition der NATO zur Verfügung gestellt – stand in der Zeitung⁹.
- FRI:** Und Kucinich greift auch Obama an, der den Krieg gegen Libyen ohne Zustimmung des Kongresses¹⁰ begonnen hat. Nach einem Gesetz von 1973 muss der Präsident nach spätestens 90 Tagen sich die Zustimmung holen.
- ANT:** Und Obama hat das nicht getan?
- FRI:** Er sagt, dass das kein Krieg im Sinne des Gesetzes sei. Außerdem hat der Präsident seit kurzem die Macht, Krieg gegen jedes Land, jede Organisation und jede Einzelperson zu führen, die „El-Kaida, die Taliban und mit ihnen verbündete Kräfte unterstützen“.

Kleine Pause

- ANT:** Friederike, der Franz war auf dem Volksfest in Mosepuckel, und rate mal, was da los war?
- FRI:** Na; Karussells, Fressbuden und Hüpfburgen für die Kinder.
- ANT:** Für die Kinder, da bist Du schon nah dran, allerdings für die älteren Kinder.
- FRI:** Sag nur, die Bundeswehr war da mit ihrem Zirkus?
- ANT:** Du hast es erraten, die Bundeswehr mit ihrem „Karriere-Truck“.

⁸ Kucinich: Libyan foray represents 'new international gangsterism' (TheHill 23.8.2011 unter: <http://thehill.com/homenews/house/177957-kucinich-libyan-foray-represents-new-international-gangsterism>)

Kucinich: das Gesetz gilt auch für die NATO (Berliner Umschau 25.8.2011 unter: <http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=28781&title=Kucinich:+das+Gesetz+gilt+auch+für+die+NATO>)

Kucinich: das Gesetz gilt auch für die NATO (23.8.2011 unter: http://www.antikrieg.com/aktuell/2011_8_24_kucinich.htm)

⁹ Bündnisalltag – Munitionsnachschub für den Nato-Einsatz (FOCUS 29.6.2011 unter: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/libyen-buendnisalltag-munitionsnachschub-fuer-den-nato-einsatz_aid_641487.html)

¹⁰ Obamas Kriege – Der US-Präsident verlangt freie Hand für weltweite Militäreinsätze, ohne den Kongreß um Erlaubnis fragen zu müssen (AG Friedensforschung 21.6.2011 unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/libyen2.html>)

- FRI:** Die Bundeswehr braucht Nachwuchs, Anton, die suchen überall!¹¹
- ANT:** Aber die Wehrpflicht ist doch abgeschafft,....
- FRI:** Ausgesetzt, und jetzt benötigt die Bundeswehr neben ihren 170.000 Zeit- und Berufssoldaten bis zu 15.000 junge Männer und Frauen für den sogenannten „befristeten freiwilligen Dienst“¹².
- ANT:** Stimmt, die Bundeswehr geht ja auch in die Arbeitsämter, um für Nachwuchs zu werben....
- FRI:** Und in die Schulen, dort dürfen ihre Jugendoffiziere allerdings nicht werben, sondern „nur“ den Unterricht gestalten¹³.
- ANT:** Und was ist da der Unterschied?
- FRI:** Jugendoffiziere sollen den Jugendlichen allgemein erklären, weshalb die Bundeswehr im Ausland unsere Interessen verteidigen muss¹⁴. Danach können Wehrdienstberater den Jugendlichen erzählen, dass sie bei der Bundeswehr umsonst studieren, eine Ausbildung und Karriere machen können¹⁵
- ANT:** Da wird bestimmt der eine oder andere Jugendliche schwach, der sonst vielleicht keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bekommen hätte.
- FRI:** Da Schule und Bildung aber Ländersache sind, darf die Bundesregierung die Bundeswehr nicht einfach als Ersatzlehrer für den „staatsbürgerlichen Unterricht“ in die Schulen schicken, die Länder müssen sich damit einverstanden erklären.
- ANT:** Ja, das hast Du schon mal erzählt.
- FRI:** Mittlerweile haben acht der 16 Bundesländer mit der Bundeswehr Kooperationsabkommen beschlossen, wonach die Bundeswehr auf Einladung der Schulen beim Unterricht mitwirken darf¹⁶,
- ANT:** Dann müssten wir...., äh, ich meine Du, Friederike, Du könntest doch auch auf Einladung der Schule am Unterricht mitwirken und dann bringst Du Frieda mit, Frieda, Militär....
- PAP:** Militär gehört abgeschafft.
- FRI:** Ja, Frieda, Militär gehört abgeschafft. Aber, stell Dir vor, Anton, einige Friedensgruppen haben ähnliche Kooperationsabkommen abgeschlossen und dürfen ebenfalls in die Schulen gehen¹⁷, sozusagen als Gegenpol zur Bundeswehr.
- ANT:** Naja, die Schüler sollten beide Seiten hören, dann können sie sich eine eigene Meinung bilden.
- FRI:** Auf der anderen Seite ist uns die Bundeswehr, was zum Beispiel die finanzielle Ausstattung angeht, haushoch überlegen und sie

¹¹ Soldaten verzweifelt gesucht (Netzwerk Friedenskooperative unter: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff11/2-22.htm>)

Soldaten verzweifelt gesucht (Sueddeutsche.de 1.2.2011 unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/zukunft-der-bundeswehr-soldaten-verzweifelt-gesucht-1.1054097>)

¹² Ulrich Frey, Bundeswehr und Schule (Friedensforum 3/2011, S. 20, Fußnote 7)

¹³ Jonna Schürkes, Jugendoffiziere raus aus Schulen (Friedensforum 2/2010, S.19, 20)

¹⁴ Monty Schädel, Kein Werben fürs Sterben (Zivilcourage, Nr. 2, Mai 2011, S. 18)

¹⁵ Jonna Schürkes, Jugendoffiziere raus aus Schulen (Friedensforum 2/2010, S.19, 20)

¹⁶ Ulrich Frey, Bundeswehr und Schule (Friedensforum 3/2011, S. 19 und Fußnote 2)

¹⁷ Soll Kooperationsabkommen Militärkritiker ruhig stellen? (Friedenspolitische Initiative für Schulen ohne Militär, Pressemitteilung 16.08.2011)

kann den Jugendlichen Studium und Jobs anbieten¹⁸, und was können wir? Wir können ihnen nicht viel mehr als unbezahlte Mitarbeit in der Freizeit anbieten.

- ANT:** Aber vielleicht sollten wir doch der Bundeswehr das Feld in der Schule nicht einfach so überlassen?
- FRI:** Wir können ja auch mit unseren Erfahrungen in die Schulen gehen, aber das Hauptziel muss sein: Bundeswehr raus aus der Schule.
- ANT:** Und wie willst Du das erreichen?
- FRI:** Einmal müssen wir von unserem Bundesland verlangen, dass es sein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr kündigt.
- ANT:** Dann muss die Friedensbewegung in acht Bundesländern aktiv werden.
- FRI:** Es gibt in vielen Bundesländern Gruppen, die gegen die Bundeswehr in der Schule arbeiten, z.B. in Baden-Württemberg „Schulfrei für die Bundeswehr“¹⁹, in Nordrhein-Westfalen „Schule ohne Bundeswehr NRW“²⁰ oder länderübergreifend „Bundeswehr wegtreten“²¹, „Kehrt Marsch“²² und die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)²³.
- ANT:** Aber, wenn die Länder trotzdem das Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr nicht kündigen wollen?
- FRI:** Dann können die einzelnen Schulen selbst entscheiden, dass sie die Bundeswehr nicht rein lassen, sich zur „bundeswehrfreien Schule“ erklären²⁴. Diese Entscheidung liegt allein bei der Schule, nicht beim Kultusministerium²⁵.
- ANT:** Und ist das schon mal geschehen?
- FRI:** Klar, zum Beispiel bei der Hessischen Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach²⁶, der südhessischen Martin-Buber-Schule in Heppenheim²⁷ und der Robert-Blum-Schule in Berlin²⁸.
- ANT:** Das ist ja super..... Aber wenn Lehrer einfach froh sind, dass die Bundeswehr ihnen Unterricht abnimmt?

¹⁸ Christoph Neeb, Wie umgehen mit Militär in der Schule? (Zivilcourage, Nr. 2, Mai 2011, S. 22)

¹⁹ Schulfrei für die Bundeswehr (unter: www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.rip.de)

²⁰ Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW (unter: www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de)

²¹ Initiative Bundeswehr-Wegtretten (unter: www.bundeswehr-wegtretten.de)

²² Mitmachkampagne Bundeswehr kehrt marsch (unter: www.kehrt-marsch.de)

²³ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (unter: www.dfg-vk.de)

²⁴ Friedensbildung, Bundeswehr & Schule (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden – AGDF Newsletter Juni 2011, S. 3 unter: http://www.friedensdienst.de/fileadmin/agdf/agdf-downloads/2011/Newsletter_VIII_Friedensbildung_Bundeswehr_Schule.pdf)

²⁵ terre des hommes, Was können Sie tun? (2008 unter: http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/was_koennen_sie_tun.htm)

²⁶ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt (unter: [http://www.gewoffenbach.de/index.php?id=296&tx_ttnews\[tt_news\]=2294&tx_ttnews\[backPid\]=374&cHash=4c27a2ef8fcb237f357df4014cf331ab](http://www.gewoffenbach.de/index.php?id=296&tx_ttnews[tt_news]=2294&tx_ttnews[backPid]=374&cHash=4c27a2ef8fcb237f357df4014cf331ab))

²⁷ Friedensbildung, Bundeswehr & Schule (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden – AGDF Newsletter Juni 2011, S. 3 unter: http://www.friedensdienst.de/fileadmin/agdf/agdf-downloads/2011/Newsletter_VIII_Friedensbildung_Bundeswehr_Schule.pdf)

²⁸ Beschluß des Robert-Blum-Gymnasiums (24.3.2011 unter: <http://www.robert-blum-schule.de/wp-content/uploads/2011/05/AntragBuWe.pdf> – siehe Anhang)

- FRI:** Dann können die Eltern einen Antrag stellen, dass ihr Kind vom Unterricht befreit wird, wenn die Bundeswehr auftaucht. Musteranträge gibt es bei Terre des hommes²⁹.
- ANT:** Wieso denn bei Terre des hommes, das ist doch eine Hilfsorganisation für Kinder.
- FRI:** Die Schüler und Schülerinnen sind ja in der Überzahl noch minderjährig und die direkte und auch indirekte Werbung bei Minderjährigen für Militäreinsätze widerspricht der auch von Deutschland unterschriebenen UN-Kinderrechtskonvention³⁰
- ANT:** Und wenn dann die Bundeswehr doch kommt, dann können Eltern und Kinder gemeinsam vor der Schule demonstrieren. Ich glaube, dann kommt der Jugendoffizier kein 2. Mal.
- FRI:** In Libyen kommt der Gadhafi auch kein zweites Mal!
- ANT:** OK, Friederike! Aber wer war eigentlich vor Gadhafi an der Macht?
- FRI:** Ursprünglich³¹ stand das Land unter osmanischer Herrschaft, hatte aber fast immer eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt. Im Herbst 1911 besetzten italienische Truppen das Land; im Gegensatz zu Tripolitanien im Westen leisteten die Stämme im Osten – Cyrenaika - und Süden – Fezzan - erbitterten Widerstand.
- ANT:** Fezzan? Wo ist denn das?
- FRI:** Der Fezzan liegt im südlichen Libyen, also in der Wüste und soll eine der schönsten Teile der Sahara sein!
- ANT:** Schön warm dort – nehme ich an! Und das war das Ende der Kolonialzeit?
- FRI:** Unsinn, Anton! Italien zog sich wegen des Ersten Weltkriegs weitgehend aus Nordafrika zurück. So konnten in Libyen 1918 bis 1920 mehrere lokale Regierungen entstehen.
- ANT:** Was den Italienern natürlich nicht gefiel!
- FRI:** Richtig! Zwischen 1922 bis 1931 versuchten sie, das Land wieder zu besetzen, was zu blutigen Auseinandersetzungen führte. Erst 1934 war die Kolonie fest in italienischer Hand bis zum Zweiten Weltkrieg, den Italien ja auch verloren hat.
- ANT:** Und danach griff die UN ein, da sich die Libyer selbst nicht einigen konnten.
- FRI:** Richtig. Das Ganze beruht auf einer UN-Resolution, der Nummer 289 vom 21. November 1949.
- ANT:** Und dann war Frieden?
- FRI:** Ja, denn die Tripolitanier hatten den Menschen in der Cyrenaika die Monarchie zugestanden. Es gab also dort das Vereinigte Königreich Libyen, das drei Hauptstädte hatte: Tripolis, Benghasi

²⁹ Antrag zur Befreiung vom Unterricht (terre des hommes unter: http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/media/Befreiungsantrag_Bundeswehr_an_der_Schule.pdf)

³⁰ Antrag zur Befreiung vom Unterricht (terre des hommes unter: http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/media/Befreiungsantrag_Bundeswehr_an_der_Schule.pdf)

³¹ Städte, Stämme, fremde Herren (NZZ 26.8.2011)
Ghadhafis Spiel mit Loyalitäten (NZZ 24.8.2011)

und al-Bayda; und drei Regionen: Tripolitanien, die Cyrenaika und den Fezzan.

ANT: Und dann fand man da irgendwelche Bodenschätze!

FRI: Richtig; 1959 wurden in der Cyrenaika größere Erdölfelder gefunden. Die dortigen Bauern zeigten keine Interesse an der Ausbeutung, aber die eher städtischen Tripolitanier sahen darin eine gute Einnahmequelle.

ANT: Und schon war wieder Streit!

FRI: Da hatte der Oberst Gadhafi leichtes Spiel mit seinem Militärputsch, der ihn 1969 an die Macht brachte.

ANT: Und dann war er mehr als 40 Jahre an der Macht, Jetzt ist er untergetaucht und wird als Kriegsverbrecher gesucht. Von den Rebellen in Libyen³² wird nun ein ganz neues System errichtet! Oder sie kehren zu alten Streitfällen zurück.

FRI: Richtig! Und hoffentlich passiert jetzt nicht gleich wieder die alte Geschichte, dass die einzelnen Stämme und Regionen sich nicht einigen können!

ANT: Na, ohne Soldaten wird die Regierung auch nicht leben wollen!

FRI: Aber Anton! Dort gilt doch auch: Militär gehört abgeschafft!

PAP: Militär gehört abgeschafft!

Anhang

Pressemitteilung des Abgeordneten Kucinich (US-Kongreß – Demokrat – Ohio)

Libya and Beyond: How Did We Get There and What Happens Next?

Washington, Aug 23 -

Congressman Dennis Kucinich (D-OH), who has led the fight in the House challenging the Obama Administration's actions in Libya, today released the following statement:

"Libyan rebels have entered Tripoli. As gun battles break out across the city, it is timely to enter into a discussion as to how the rebels arrived there. It is time to review the curious role of NATO and the future of U.S. interventionism.

A negotiated settlement in Libya was deliberately avoided for months while NATO, in violation of UN Security Council (UNSC) Resolutions 1970 and 1973, illegally pursued regime change. NATO chose sides, intervened in a civil war and morphed into the air force for the rebels, who could not have succeeded but for NATO's attacks.

NATO acted with impunity. The NATO command recklessly bombed civilians in the name of saving civilians. Usurping the United Nation's traditional role, NATO looked the other way as the arms embargo was openly violated by U.N. member nations.

NATO's top commanders may have acted under color of international law but they are not exempt from international law. If members of the Gaddafi Regime are to be held accountable, NATO's top commanders must also be held accountable through the International Criminal Court for all civilian deaths resulting from bombing. Otherwise we will have witnessed the triumph of a new international gangsterism.

The reasons for the U.S./NATO intervention in Libya keep changing. First it was about the *potential* for a massacre in Benghazi. When the massacre did not materialize and once the war against Libya was underway, the reasons for intervention changed.

³²

Was kommt nach Gadhafi? (NZZ 23.8.2011)

Libyens <<Stunde null>> - ein Test für die Rebellen (NZZ 23.8.2011)

We were reminded Libya had spent 'forty years under a tyrant.' We were urged to remember the destruction of Pan Am Flight 103 over Scotland, which occurred 23 years ago this December 21st. Yet almost 20 years later, on November 18, 2008 the Associated Press reported that President George Bush called Colonel Gaddafi personally "to voice his satisfaction that Libya has settled a long-standing dispute over terrorist attacks, including the bombing of a Pan Am jet over Scotland."

On December 19, 2003 Libya voluntarily gave up its nuclear weapon-making capability and on January 6, 2004 ratified the Comprehensive Test Ban Treaty. Its relationship with the U.S. on the mend, Libya then opened up to international investment and began the wholesale privatization of its industries, leading to massive unemployment and dissatisfaction with the state of things, particularly among younger Libyans.

I mention this not to sympathize with Colonel Gaddafi's brutality or to minimize the great tragedy of Flight 103. But if the U.S. had come to terms with Gaddafi's past violence, why does the Obama Administration invoke it as justification for an attack on Libya? One conclusion could be that the reasons for the March 2011 attack were bogus.

Once into the war, the Administration promptly passed off nominal responsibility for the war to NATO, after beginning the war without congressional authorization. NATO became the beneficiary of U.S. funds, U.S. war planes, U.S. drones, U.S. bombs, and U.S. intelligence assets.

NATO violated UNSC resolutions. The Obama Administration violated the U.S. Constitution by bypassing Congress on the war. These are not mere academic matters. They have moved the world community from the rule of law to the rule of force and have set a precedent for NATO to become the new global-cop. Far from bringing a new level of security to the world scene, NATO has brought a new level of insecurity and unaccountability.

The question of the reason for United States' involvement in Libya remains.

Was the United States' Central Intelligence Agency involved in planning for regime change prior to events in February and March in Benghazi? Did the CIA and its assets have a role in fomenting a civil war?

Was the United States, through participation in the overthrow of the regime, furthering the aims of international oil corporations in pursuit of control over one of the world's largest oil resources?

Did the United States at the inception of the war against Libya align itself with elements of Al Qaeda, while elsewhere continuing to use the threat of Al Qaeda as a reason for U.S. military intervention, presence and occupation?

The foreign policy objectives of the Obama Administration are cloudy. Pledges to end the wars in Afghanistan and Iraq are in doubt. The Iraq War is supposed to be over at the end of this year, yet that promise appears to be fading. The U.S. presence in Afghanistan appears to be open-ended. The latest reports describe a U.S. commitment in Afghanistan through 2024. This raises the question as to whether the Administration has full control over the military and intelligence apparatus.

In the case of Libya, now that NATO, with the help of the U.S., has brought the rebels into the streets of Tripoli to fight, what follows? What's the plan? Who governs and for whose sake? Will Libya become NATO's protectorate?

It is not only the Gaddafi compound in Tripoli that will be left in ruins by NATO's actions; it will also be the Obama Administration's relationship with the African Union (AU). The AU and its member nations have been repeatedly rebuffed by the U.S. in its efforts to bring about a peaceful, negotiated settlement for the regime's transition out of power. While the U.S., through NATO, has been bombing Libya, China has spent time building commercial opportunities across the African continent.

As the Administration indulges itself with wars in Libya, Iraq and Afghanistan - spending hundreds of billions of dollars on military adventurism - the United States has massive economic problems at home. Resources which should be spent creating jobs in America

are going to perpetuate war abroad. Resources which should be used to build bridges in America continue to be used to bomb bridges elsewhere.

Millions of Americans are begging for a chance to earn their daily bread while the government spends its money on daily bombing. While the government has yet to produce a viable jobs program to put millions of unemployed back to work, the waste of resources on war is guaranteed to continue: The Iraq and Afghanistan wars are NOT to subject to spending caps in the budget. The American people get myths, rhetoric and unemployment while war profiteers get the gold. Can you imagine what the people of Libya will get?"

Beschluss des Robert-Blum-Gymnasiums vom 24.3.2011

Robert Blum Gymnasium – Schule ohne Militär

Die Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums möge beschließen:

Die Schulkonferenz des Robert Blum Gymnasiums lehnt eine Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit der Bundeswehr grundsätzlich ab. Hierzu gehören z.B.:

- Kooperationsverträge mit der Bundeswehr
- Einladen von Bildungsoffizieren in den Unterricht oder zu schulischen Veranstaltungen
- Werbung für Praktika in Bundeswehreinrichtungen
- Exkursionen zu Bundeswehreinrichtungen oder von der Bundeswehr durchgeführten Veranstaltungen
- Werbung für Ausbildungsgänge bei der Bundeswehr oder für ein Studium an einer Bundeswehrhochschule
- Teilnahme der Schule an Wettbewerben, Jugendmessen, Arbeitsplatzbörsen, die von der Bundeswehr ausgestaltet werden.
- Das Verteilen von Werbematerialien der Bundeswehr

Begründung:

Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspricht der an unserer Schule gepflegten Kultur und unseren Erziehungsidealien. Wie sollen wir Jugendliche zum gewaltfreien Lösen von Konflikten erziehen, wenn das Vertreten von Wirtschafts- oder Länderinteressen mit militärischen Mitteln von uns mit unterstützt wird? Dies widerspricht dem in Paragraphen 1 des Schulgesetzes formulierten Erziehungsziel der friedlichen Verständigung der Völker.

Bereits im laufenden Schuljahr sind an unsere Schule unaufgefordert Werbematerialien geschickt worden. Mit dem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht ist mit einer verstärkten Aktivität der Bundeswehr an den Schulen zu rechnen. Erfahrungen belegen dies bereits jetzt.

§ 1 Auftrag der Schule

Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des **Friedens**, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.

Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewusst sein, und ihre Haltung muss bestimmt werden von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer **friedlichen Verständigung der Völker**. Dabei sollen die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung zum Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden.